

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung 18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 19.12.2023, 23:00 Uhr

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Kissel, Luca CDU

Anwesend:

stellv. Stadtverordnetenvorsteherin	Ouariach, Loubna	WsR
Stadtverordnete	Alcocer-Maestre, Julia	CDU
Stadtverordneter	Belger, Peter Hermann	B90/Grüne
Stadtverordnete	Bruttger, Inge	B90/Grüne
Stadtverordneter	Duranoglu, Mahmut	FNR
Stadtverordneter	Einsle, Nicklas	CDU
Stadtverordneter	Erdogan, Kadir	SPD
Stadtverordneter	Erol, Ridvan	SPD
Stadtverordneter	Evdokiou, Christos	WsR
Stadtverordnete	Frost, Sabine	SPD
Stadtverordneter	Fuchs, Thomas	FDP
Stadtverordneter	Gabriel, Steffen	WsR
Stadtverordneter	Ghazi, Mohammed	WsR
Stadtverordneter	Gluch, Michael	SPD
Stadtverordneter	Güler, Fatih	SPD
Stadtverordneter	Hartmann, Hans-Joachim	FDP
Stadtverordnete	Kapp, Petra	CDU
Stadtverordnete	Klein, Kerstin	SPD
Stadtverordnete	Krisch, Cerstin	SPD
Stadtverordneter	Lahm, Gernot	B90/Grüne
Stadtverordnete	Latsch, Birgid	FDP
Stadtverordneter	Merten, Nils	CDU
Stadtverordneter	Münch, Peter	SPD
Stadtverordneter	Nasseh, Giorgio	SPD
Stadtverordneter	Pellilli, Angelo	SPD
Stadtverordneter	Schumann, Jörg	B90/Grüne
Stadtverordneter	Teppich, Stefan	CDU
Stadtverordneter	Warraich, Kamran	SPD

Entschuldigt:

stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Becker, Wolfgang	abwesend	CDU
Stadtverordnete	Bellafkir, Tissam	abwesend	WsR

Magistrat:

Bürgermeister	Rendel, David	SPD
Erste Stadträtin/Dezernentin	Herberich, Dorothee	SPD
Stadtrat/Dezernent	Jehle, Ekkehard	CDU
Stadtrat	Kurkulakis, Aneste Wilhelm	CDU
Stadtrat	Salur, Muhittin	SPD
Stadtrat	van Loon, Adrianus	FDP

Entschuldigt:

Niederschrift 28. Sitzung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Stadtrat Dima, Cesare
Stadtrat Schalle, Volker

abwesend

abwesend

B90/Grüne

Verwaltung:

Schriftführer	Rovituso, Fabio
FT II.1.2	Eisenmann, Maximilian
FT II.1.1	Erdogan, Esra
FD IV.1	Graf, Nicole
FDL III.2	Gomille, Klaus
FD III.2	Jechimer Karin
Vorz. BGM	Kohl, Tatjana
FD III.3	Koller, Diana
FBL II	Lang, Tatjana
FBL III	Laubscheer, Jan
FBL I	Loy, Tobias
FB III	Mitcas, Sara
FDL III.3	Vaasen, Iva

Gäste/Sonstige:

FBL Revision und Kommunalaufsicht, Kreisverwaltung Groß-Gerau	Herr Fiederer
---	---------------

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Stadtverordnetenvorsteher Luca Kissel eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist an beiden Tagen darauf hin, dass die Sitzung zu Protokollzwecken aufgezeichnet wird. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben. Es erfolgt kein Livestream über den Raunheimer YouTube-Kanal.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, dass bereits im Haupt- und Finanzausschuss ein Antrag zur Bildung von Rückstellungen im Falle eines Klageverfahrens gegen die Kreisverwaltung Groß-Gerau eingereicht wurde. Es wird gebeten, die Tagesordnung um den Antrag zu ergänzen. Die Stadtverordneten diskutieren über den Antrag der CDU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen, gem. § 20 Abs. 5 GO abgelehnt

Der Vorsitzende der WsR-Fraktion beantragt das Einsetzen eines Ausschusses zur Akteneinsicht aufgrund des Verlusts der Rechtsstellung einer Vertreterin der WsR-Fraktion. Die Stadtverordneten diskutieren kurzzeitig über den Antrag der WsR-Fraktion.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird um den Antrag entsprechend ergänzt (TOP 31).

Die Vorbesprechung des Ältestenrats hat ergeben, dass in Block I die Tagesordnungspunkte 1, 2, 29, 30 und 33 zur Abstimmung kommen.

öffentlicher Sitzungsteil

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.2023
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17.11.2023
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2023
4. Bericht des Magistrats
5. Bestätigung der Beschlüsse 2023-535 in Verbindung mit FA/2023-488 und 2023-536 in Verbindung mit FA/2023-489 der Stadtverordnetenversammlung in der Sondersitzung vom 17.11.2023
hier: Widerspruch gemäß § 63 HGO
6. 2023-592 Wirtschaftliche Grundlagen für die Stadt Raunheim für das Jahr 2024
Hier:
Entwurf der doppelten Haushaltssatzung und den zugehörigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2024
Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtentwicklung für das Wirtschaftsjahr 2024
Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2024
7. 2023-612 1. Veränderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2024

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

8. FA/2023-573 Einbringung
FDP-Antrag zur Reduzierung des Grundsteuerhebesatzes
9. FA/2023-624 gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion, WSR-Fraktion, B90/Die Grünen
Antrag zur Verschiebung der Senkung des Grundsteuerhebesatzes auf das nächste Jahr
10. FA/2023-631 CDU-Antrag
zum Haushalt: 2023421.01. Sport- und Vereinsförderung
11. FA/2023-632 CDU-Antrag
zum Haushalt: Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01
Schaffung einer weiteren Stelle
- 11.1 FA/2023-643 FDP-Fraktionsantrag
Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01
12. FA/2023-633 CDU-Antrag
zum Haushalt: Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01
Veränderung Entgeltgruppe
13. FA/2023-636 WsR-Antrag
Verfügungsmittel für den Ausländerbeirat
14. FA/2023-634 SPD-Änderungsantrag zum Haushalt:
Fortlaufende Förderung der Lebensbrücke Flörsheim und
der Rüsselsheimer Hospizhilfe
15. FA/2023-617 WsR-Antrag
zur Anpassung der Verfügungsmittel des Magistras und des
Stadtverordnetenvorstehers
- 15.1 FA/2023-640 SPD-Fraktionsantrag
Erhöhung der Verfügungsmittel
16. FA/2023-618 WSR-Antrag zur Anpassung der Spielapparatesteuer
- 16.1 FA/2023-638 SPD-Fraktionsantrag
Umwandlung in einen Prüfantrag
17. FA/2023-619 WsR-Antrag zur Anpassung der Vereinsförderung
18. FA/2023-620 WsR-Änderungsantrag zum Haushalts- und Stellenplan für
das Jahr 2024
- 18.1 FA/2023-639 SPD-Fraktionsantrag
Ausweitung des Stellenplans
19. FA/2023-621 WsR-Antrag zur Verwendung eines Sperrvermerks für die
außertarifliche Stelle im Stellenplan des Wirtschaftsplans des
Eigenbetriebs Stadtentwicklung
20. FA/2023-622 WsR-Antrag: 100 Euro-Zulage für Mitarbeiter*innen in Kin-
dertagesstätten
21. FA/2023-623 Gemeinsamer Prüfantrag CDU-Fraktion, WsR-Fraktion,
B90/Die Grünen
Prüfung der Organisationsstruktur des Eigenbetriebs Stadt-
entwicklung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

- | | | |
|------|-------------|---|
| 21.1 | FA/2023-642 | SPD-Fraktionsantrag
Umwandlung in einen Prüfantrag |
| 22. | FA/2023-625 | B90/Die Grünen
Antrag auf eine viermonatige Berichterstattung |
| 23. | FA/2023-626 | B90/Die Grünen
Antrag auf Einstellung einer Summe von 10.000 Euro zur
Bezuschussung des Baus von Solarenergie- bzw. Solarthermieanlagen |
| 23.1 | FA/2023-637 | SPD-Antrag
Ausweitung des kreisweiten Fördermittelmanagements |
| 24. | FA/2023-627 | B90/Die Grünen
Antrag auf Einstellung von Mitteln zur Zuschussung einer
Busverbindung zwischen den Bahnhöfen von Raunheim und
Flörsheim |
| 25. | FA/2023-628 | B90/Die Grünen
Antrag auf die Schaffung der Stelle eines Stadtbrandinspektors mit der entsprechenden Berücksichtigung im Haushaltsentwurf |
| 25.1 | FA/2023-641 | SPD-Fraktionsantrag
Umwandlung in einen Prüfantrag |
| 26. | FA/2023-629 | B90/Die Grünen
Antrag: Textliche Anpassungen der Haushaltssatzung für
das Haushaltsjahr 2024 |
| 27. | FA/2023-630 | SPD-Änderungsantrag zum Haushalt: Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt - Sprachförderung in unseren Bildungseinrichtungen: Qualitätsstandards weiter optimieren |
| 28. | | B90/Die Grünen
Anfrage: Stellenbeschreibung für alle Stellen ab EG 10 |
| 29. | 2023-616 | Wirtschaftliche Grundlagen der Netzwerk Untermain GmbH
Hier:
Wirtschaftsplans 2024 |
| 30. | 2023-613 | Aufstellung Jahresabschluss 2022 der Stadt Raunheim |
| 31. | FA/2023-650 | WsR-Antrag
Einsetzung eines Ausschusses zur Akteneinsicht |
| 32. | | Verschiedenes |

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

- | | | |
|-----|----------|-----------------------------------|
| 33. | 2023-595 | Stundungsantrag zur Gewerbesteuer |
|-----|----------|-----------------------------------|

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Sitzungsverlauf

öffentlicher Sitzungsteil

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.2023**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

2. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17.11.2023**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

3. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2023**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

4. **Bericht des Magistrats**

Tourenplanung Landespolizei

Bürgermeister Rendel beantwortet die Anfrage zum Thema „Tourenplanung der Landespolizei“. Nach Rücksprache mit der Leitung der Polizeistation in Rüsselsheim werden die Touren der Streifen nicht geplant. Dies sei nicht möglich; die Landespolizei sei durch Aufträge gebunden. Eine Tourenplanung sei zudem regelhaft und würde eine Vorhersehbarkeit bewirken.

Sachstand zu Stellplätzen

Die WSR-Fraktion erkundigte sich in vergangenen Sitzungen nach dem Sachstand zu möglichen neuen Stellplätzen rund um das Feuerwehrgerätehaus. Bürgermeister Rendel teilt mit, dass die Verwaltung derzeit die Möglichkeiten zur Optimierung prüfe. Ein eigenständiger Bericht hierzu wird den Gremien vorgelegt.

Toiletten am Bahnhofsvorplatz

Die CDU-Fraktion erkundigte sich in vergangenen Sitzungen nach dem Sachstand hinsichtlich der Toiletten am Bahnhofsvorplatz. Es wurden zunächst Angebote mit einem Kostenrahmen zur Herstellung von rund 90.000 € eingeholt. Zur ursprünglich geplanten Ausschreibung waren bereits Kosten in Höhe 140.000 € für die Herstellung erwartbar. Nach Abschluss der Entscheidungsfindung zur Gestaltung der Fassade im Parlament waren die voraussichtlichen Beschaffungskosten auf rund 250.000 € angestiegen. Man gehe davon aus, dass die stark gestiegenen Herstellungskosten der Anlage innerhalb des ersten Quartals 2024 wieder deutlich sinken, da auch die Rohstoffpreise gefallen sind und die Marktnachfrage nachgelassen hat.

Drahtseilbahn Waldspielplatz

Auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wann die erneuerte Drahtseilbahn auf dem Waldspielplatz in Betrieb genommen werde, erklärt Bürgermeister Rendel, dass derzeit durch die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR die abschließenden Erdmodellierungen vorgenommen werden und je nach Witterung sei mit einer Fertigstellung Mitte Januar 2024 zu rechnen.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Mitteilungsblatt

Am 12.01.2024 erscheint die erste Ausgabe des Mitteilungsblatts "Raunheim aktuell". Dieses werde alle vierzehn Tage an die Raunheimer Haushalte ausgeliefert. Das Mitteilungsblatt könne auch online gelesen werden, zudem liege es im Rathaus im Printformat aus. Zusätzlich gebe es mit der App "MeinOrt" eine digitale Ergänzung. Die Seniorenpost erscheint am 12.01.2024 und wird als Beilage im Mitteilungsblatt enthalten sein. Wie gewohnt wird die Seniorenpost auch an bekannte Stellen in Raunheim, wie z.B. Apotheken, ausgelegt.

Feuerwehrfahrzeug

Das ausgemusterte Feuerwehrfahrzeug der Stadt Riedstadt wurde zwischenzeitlich erfolgreich durch vier Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Raunheim in die Ukraine transportiert. Ein ausführlicher Bericht wird über die städtischen Kanäle zur Verfügung gestellt.

Spielplatz am Brückenpark

Die Arbeiten zur Erneuerung des Spielplatzes am Brückenpark wurden am 20.11.2023 aufgenommen. Die gegossenen Betonelemente müssen vollständig aushärten, daher bleiben die Spielgeräte bis nach Silvester gesperrt. Die während der Bauarbeiten gesperrten Wege sind zwischenzeitlich für die Öffentlichkeit wieder uneingeschränkt nutzbar. Am Mittwoch, den 17.01.2024 wird die Eröffnung und feierliche Übergabe stattfinden.

Sachstandsmitteilung der Kommunalaufsicht

Bürgermeister Rendel erklärt, die Stadtverwaltung habe sich in den letzten Wochen intensiv mit der Kommunalaufsicht des Kreises Groß-Gerau und diese wiederum mit dem Innenministerium ausgetauscht, wie die bestehende Beschlussfassung des Magistrates aus dem Jahr 2016 zur Vergütung des Betriebsleiters des Eigenbetriebs Stadtentwicklung rechtlich zu werten sei und welche Folgen hieraus abzuleiten sind. Die Kommunalaufsicht kommt nun abschließend zu der Auffassung, dass die Klausel einer leistungsorientierten Vergütung im geschlossenen Arbeitsvertrag nicht mit öffentlich-rechtlichen Vorschriften in Übereinklang gebracht werden kann. Hierzu führt die Kommunalaufsicht maßgeblich die Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der HGO an. Es bestehen seitens des Magistrates aufgrund mehrerer vorhandenen rechtlichen Gutachten mit gegenteiligem Ergebnis erhebliche Zweifel an dieser Rechtsposition, dennoch stellt diese zumindest eine von mehreren möglichen rechtlichen Positionen dar. Die Kommunalaufsicht sehe weiterhin nicht die Nichtigkeit des geschlossenen Arbeitsvertrages und wird eine Rückforderung gezahlter Leistungsprovisionen aufgrund rechtlicher Zweifel hiernach auch nicht anordnen, um finanziellen Schaden von der Stadt Raunheim abzuwenden.

Seitens des Magistrates erwarte die Kommunalaufsicht, einen Zeitplan vorgelegt zu bekommen, der sicherstellt, dass der bestehende Arbeitsvertrag zeitnah rechtskonform geändert wird. Die Mitglieder des Magistrates werden in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Verstöße gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften mit disziplinarrechtlichen Konsequenzen geahndet werden können. Bürgermeister Rendel werde diesen Hinweis ebenfalls den seinerzeit beschließenden Mitgliedern des Magistrates zukommen lassen.

Der Magistrat der Stadt Raunheim werde der Einschätzung der Kommunalaufsicht folgen und sich gemäß der rechtlichen Empfehlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes bemühen, eine einvernehmliche Änderung des bestehenden Arbeitsvertrages zeitnah zu erreichen. Die Änderungen würden selbstverständlich mit der Kommunalaufsicht abgestimmt.

Barrierefreie Bushaltestellen

Weiterhin teilt Bürgermeister Rendel mit, dass die Arbeiten zum Umbau der beiden Bushaltestellen in der Elbestraße und Ringstraße abgeschlossen wurden. Gelenkbusse können nun die barrierefreien Haltestellen anfahren und auch Mobilitätseingeschränkte Fahrgäste aufnehmen. Die Haltestellen verfügen über modern beleuchtete Fahrgastunterstände. Die Ringstraße wird vor-

aussichtlich am 18.12.2023 für den Straßenverkehr freigegeben. Die Wohnungsbaugesellschaft GWH stelle voraussichtlich eigene Flächen bereit, die sich für den Bau von Ersatzstellplätzen eignen. Zudem signalisiert die GWH, dass sie gegen Zahlung eines symbolischen Pachtzinses bereit sei, eine geeignete Fläche zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung wird den Gremienmitgliedern entsprechend berichten.

Kabel- und Tiefbauarbeiten

In der Ernst-Reuter-Straße werden zur Stromversorgung der Rechenzentren in der Frankfurter-Straße umfassende Kabel- und Tiefbauarbeiten erforderlich. Es werden Kabelpakete vom Airport-Garden unter den Bahngleisen hindurch verlegt, um diese dann über die Ernst-Reuter-Straße in die Kelsterbacher Straße und Frankfurter-Straße zu führen. Mit den Arbeiten wird Anfang des neuen Jahres begonnen. Die Anlieger können über eine Einbahnstraßenregelung ihr Anwesen jederzeit anfahren. Die Erreichbarkeit für Einsatz- und Rettungsfahrzeugen sowie die Müllabfuhr bliebe stets gewährleistet.

Einrichtung von Zebrastreifen

Die Einrichtung von Zebrastreifen an den Stellen Ringstraße Ecke Neckarstraße und Ringstraße Ecke Oderstraße verlängert sich witterungsbedingt. Da für die Arbeiten eine längere Trocknungsphase und entsprechende Temperaturen erforderlich sind, ist von einer Ausführung der Arbeiten im Frühjahr des kommenden Jahres auszugehen.

Pegelstände des Mains

Zudem teilt Bürgermeister Rendel mit, dass derzeit von höheren Pegelständen des Mains auszugehen sei. Aktuell bestehe keine Gefahr von Hochwasser, eine Hochwasserstelle aus dem Süden sei noch nicht eingetroffen.

Überprüfung der Stabsstelle

Zu der von den Fraktionen beantragten Überprüfung der eingerichteten Stabsstelle "Presse und Kommunikation" sei der Kreis Groß-Gerau zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Die Voraussetzungen für Umsetzung dieser Planstelle lagen vor und die Einrichtung war Rechtens. Die Kommunalaufsicht beanstandet die Planstelle demnach nicht.

5. **Bestätigung der Beschlüsse 2023-535 in Verbindung mit FA/2023-488 und 2023-536 in Verbindung mit FA/2023-489 der Stadtverordnetenversammlung in der Sondersitzung vom 17.11.2023**
hier: Widerspruch gemäß § 63 HGO

Vor Beratung des Tagesordnungspunkts 5 beantragt der Vorsitzende der FDP-Fraktion eine kurze Unterbrechung der Sitzung. Aufgrund neuer Informationen im dem Bericht des Magistrats möchte die Fraktion sich zur Beratung zurückziehen. Nach Einverständnis des Stadtverordnetenvorstehers wird die Sitzung um 19:45 Uhr für ca. 5 Minuten unterbrochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass er von der Stadtverordnetenversammlung beauftragt wurde, ein Klageverfahren einzuleiten und Inhalte des Widerspruchs an das Verwaltungsgericht übermittelt wurden. Das Gericht beabsichtige zeitnah im Eilverfahren eine Entscheidung zu treffen. Selbstverständlich werde das Eilverfahren eingestellt, sollte die Stadtverordnetenversammlung zu der Entscheidung kommen, der Drucksache nicht stattzugeben.

Bürgermeister Rendel erläutert ausführlich die Drucksache. Er macht deutlich, dass sich der Magistrat keinesfalls einer zielführenden Aufklärung verwehren werde. Dem Akteneinsichtsausschuss wurden seitens der Verwaltung alle angeforderten Unterlagen zur Verfügung gestellt und zugänglich gemacht. Interne Ermittlungsergebnisse wurden ebenfalls zur Verfügung gestellt, so-

wie Rückfragen unmittelbar in den Sitzungen erläutert. Für eine juristische Vertretung des Ausschusses ergebe sich kein begründeter Anlass. Sollte es zu Uneinigkeiten kommen, könne der Ausschuss anlassbezogen einen rechtlichen Rat einholen. Unverständlich sei die bedenkliche Vorgehensweise, dass die Stadtverordnetenversammlung vorgeflich aus einem Bericht des Ausschusses bereits zu eigenen Ermittlungsergebnissen komme, diese eigenständig rechtlich werte und die Umsetzung der Rechtsfolgen beschließe. Die eingeleiteten Rechtsfolgen seien juristisch nicht haltbar und führen die Stadtverwaltung in einen teuren Rechtsstreit. Bürgermeister Rendel sehe es daher weiterhin als seine Pflicht an, mit dem Widerspruch den Mitgliedern des Parlaments die fragwürdigen Vorgehensweisen sowie gravierenden Folgen bewusst zu machen und stehe dafür ein, die Beschäftigten vor einer Vorverurteilung zu schützen. Neben der klaren Positionierung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds, liege ebenfalls eine Einschätzung eines führenden Verwaltungsjuristen des Landes vor. Die Mitglieder des Parlaments seien diejenigen, die für demokratische und auch rechtsstaatliche Mittel einstehen müssen. Auf eine solche Vorgehensweise vertrauen Bürgerinnen und Bürger sowie auch die Beschäftigten der Verwaltung. Daher bittet letztlich Bürgermeister Rendel die Mitglieder des Parlaments dem Widerspruch zu folgen.

Mit einer solchen Stellungnahme der Kreisaufsicht habe die CDU-Fraktion nicht gerechnet. Man solle es nicht nur bei einer Empfehlung belassen, eine juristische Instanz müsse die Angelegenheit prüfen. Dies Sorge für endgültige Klarheit und sei wichtig für das Miteinander insgesamt im Parlament.

Die WSR-Fraktion ist überrascht über die Empfehlung der Kommunalaufsicht und fordert die Rückzahlung der Provisionszahlungen. Sie ist der Auffassung, es entstehe der Stadtverwaltung ein hoher finanzieller Schaden, käme es nicht zur Rückzahlung der Provisionen. Eine gerichtlich herbeigeführte Entscheidung sei notwendig. Es wird zudem gefragt, ob der zum damaligen Zeitpunkt gewählte Magistrat mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen müsse.

Bürgermeister Rendel stellt klar, dass nach Auffassung der Kommunalaufsicht der Vertrag zur Leistungsvergütung nicht nichtig sei. Weiterhin sehe die Kommunalaufsicht erhebliche rechtliche Zweifel und einen drohenden finanziellen Schaden bei einer Klage. Die Mitglieder des Magistrats werden von der Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass Verstöße gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften mit disziplinarrechtlichen Konsequenzen geahndet werden können.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion beantragt eine getrennte Abstimmung der im Antrag enthaltenen Punkte. Dem Antrag wird stattgegeben.

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

zu Punkt 2: 15 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 1 Enthaltung(en)

6.	2023-592	Wirtschaftliche Grundlagen für die Stadt Raunheim für das Jahr 2024 Hier: Entwurf der doppischen Haushaltssatzung und den zugehörigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2024 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtentwicklung für das Wirtschaftsjahr 2024 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2024
----	-----------------	---

Die Fraktionsvorsitzenden halten Ihre Haushaltsreden beginnend mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, gefolgt vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Anschließend halten ein Mitglied der WSR-

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Fraktion, die Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Vorsitzende der FDP-Fraktion ebenfalls ihre Haushaltsrede.

Nach den Haushaltsreden erklärt Bürgermeister Rendel, dass ein ausgeglichener Finanzhaushalt, betrachtet auf den Kreis Groß-Gerau, nicht selbstverständlich sei. Harte Arbeit und mutige Beschlüsse führten zu diesem Ergebnis. Darüber hinaus werden weitere Anmerkungen angeführt. Letztlich bittet Bürgermeister Rendel die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf ihr Vertrauen zu schenken und diesem zuzustimmen. Im Anschluss diskutieren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ausführlich

Die Abstimmung des Tagesordnungspunkts 6 erfolgt in der Reihenfolge nach Tagesordnungspunkt 28.

Beschluss:

Teil A:

1. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2024 samt Anlagen werden beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm der Stadt Raunheim für die Jahre 2024 bis einschließlich 2027 wird beschlossen.
3. Die Haushaltsrede wird zur Kenntnis genommen.

Teil B:

1. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwicklung für das Jahr 2024 wird beschlossen.
2. Der Magistrat wird mit dem Abschluss der im Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebs Stadtentwicklung dargestellten Miet- bzw. Pachtverträgen beauftragt.
3. Die Gewinnabführung des Eigenbetriebs Stadtentwicklung an den Haushalt wird gem. dem Wirtschaftsplan 2024 beschlossen.

Teil C:

1. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 4 Enthaltung(en)

7. 2023-612 1. Veränderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2024

Vor Beratung des Tagesordnungspunkts 7 wird die Sitzung für eine Pause von ca. 10 Minuten bis 21:55 Uhr unterbrochen.

Beschluss:

Die 1. Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2024 wird gemäß Anlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

8. **FA/2023-573** **Einbringung
FDP-Antrag zur Reduzierung des Grundsteuerhebesatzes**

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag und bittet die Mitglieder um Zustimmung.

Die CDU-Fraktion hält die Umsetzung für nicht sinnvoll. Es sei ein zu hoher Verwaltungsaufwand für den geringen Mehrwert, den die Umsetzung mit sich bringe. Es wird erklärt, dass die Fraktion bereits vor zwei Jahren den Grundsteuerhebesatz nicht erhöhen wollte, da absehbar war, dass die Gesetzgebung neue Richtlinien für die Bemessung der Grundsteuer beschließen werde.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion reagiert auf die Beiträge der Vorredner und erklärt, dass die Umsetzung den Bürgern eine finanzielle Erleichterung bringe. Der Tagesordnungspunkt wird von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung noch ausführlich diskutiert.

Die WSR-Fraktion befürwortet aufgrund des nicht genehmigten Haushalts des Kreises Groß-Gerau und den entstehenden Mehraufwand für die Beschäftigten in der Verwaltung zur Verschiebung der Senkung des Grundsteuerhebesatzes auf das nächste Jahr.

Die SPD-Fraktion ist grundsätzlich für die Senkung des Grundsteuerhebesatzes und Entlastung der Bürger.

Letztlich erkundigt sich Herr Duranoglu nach der Ertragshöhe und dem Arbeitsaufwand der Verwaltung.

Bürgermeister Rendel schätzt den Minderertrag auf rund 300.000 €.

Zudem teilt Frau Lang (Fachbereichsleitung II) mit, dass mit drei Stunden Arbeitsaufwand für die Beschäftigten zu rechnen sei und rund sechstausend Bescheide verschickt werden müssen.

Zunächst wird TOP 8 zur Abstimmung gebracht. Die Abstimmung zu TOP 9 erübrigt sich.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n), 6 Stimmenthaltung(en)

9. **FA/2023-624** **gemeinsamer Antrag CDU-Fraktion, WSR-Fraktion, B90/Die Grünen
Antrag zur Verschiebung der Senkung des Grundsteuerhebesatzes auf das nächste Jahr**

Siehe TOP 8.

Beschluss:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Abstimmungsergebnis:
Abgesetzt

**10. FA/2023-631 CDU-Antrag
zum Haushalt: 2023421.01. Sport- und Vereinsförderung**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung diskutieren ausführlich.

Die Fraktionen WSR, CDU und Bündnis90/Die Grünen vertreten die Meinung, bereits jetzt Gelder für die Vereine im Haushaltsplan einzustellen. Die Fraktionen SPD und FDP halten es für sinnvoll, die kommende Anpassung der Vereinsförderrichtlinien abzuwarten und anschließend ggf. im Nachtragshaushalt die entsprechenden Gelder einzustellen.

Auf Vorschlag eines Mitglieds der CDU-Fraktion erfolgt die Einigung, dass der Fraktionsantrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zurückgezogen wird und im Verfahren der Konzeption bzw. Anpassung der Vereinsförderrichtlinien Berücksichtigung findet.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Zurückgezogen

**11. FA/2023-632 CDU-Antrag
zum Haushalt: Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01
Schaffung einer weiteren Stelle**

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag. Gefordert wird eine weitere Stelle im Bereich der Stadtpolizei, um einen reibungslosen Schichtbetrieb zu gewährleisten.

Die Vorsitzenden der SPD und FDP-Fraktion sind der Auffassung, dass der Bereich der Stadtpolizei mit zwei weiteren Stellen auszustatten sei, sodass für die Bürgerinnen und Bürger die entsprechenden Erfordernisse erfüllt werden können.

Bei Aufstockung des Bereichs um zwei weitere Stellen befürwortet ein Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ausweitung der Nachtschicht bzw. der Randstunden und der Wochenendeinsätze.

Es wird zunächst über TOP 11.1 abgestimmt. Die Abstimmung zu TOP 11 erübrigt sich.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Abgesetzt

**11.1 FA/2023-643 FDP-Fraktionsantrag
Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01**

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Siehe TOP 11.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

12. FA/2023-633 CDU-Antrag zum Haushalt: Ergänzung im Stellenplan Teil B 122.01 Veränderung Entgeltgruppe

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erläutert ausführlich Fraktionsantrag. Im Vergleich zum Polizeidienst sei die Entgeltgruppe 14 zu hoch angesetzt. Mit einer Eingruppierung in der Entgeltgruppe 12 könne man eine attraktive Stelle schaffen, die Zuspruch bei Bewerbern finden würde. Zudem ließe sich die Stelle perspektivisch Ausweiten, sodass ein Leistungsanreiz entstehe. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion zweifelt stark an, in dieser Form geeignetes Personal zu finden. Zudem wurde die Stelle anhand der Aufgabenbeschreibung nach Entgeltgruppe 14 bewertet.

Bürgermeister Rendel ergänzt, dass man sich in vorbereitenden Sitzungen geeinigt habe, die Personalstruktur zu entzerren und einen neuen Fachbereich zu etablieren. Es entstehe eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Fachbereichsleitungen, wenn die Entgeltgruppe wesentlich niedriger angesetzt würde. Zudem finde man auf dem Arbeitsmarkt keine geeignete Arbeitskraft, die den Anforderungen gerecht werde.

Der Vorsitzende der WSR-Fraktion verweist auf den Stellenplan der Stadt Kelsterbach. Dort seien vergleichbare Positionen ebenfalls niedriger eingruppiert.

Bürgermeister Rendel teilt eine Auskunft von Bürgermeister Ockel mit dem Gremium, nachdem Ressortleiter in Kelsterbach auch in Entgeltgruppe 14 eingruppiert seien.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordern die Vorlage der Stellenbeschreibung.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

13. FA/2023-636 WsR-Antrag Verfügungsmittel für den Ausländerbeirat

Die Tagesordnungspunkte 13, 15 und 15.1 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Der Vorsitzende der WSR Fraktion führt ausführlich in die Fraktionsanträge ein und stellt ein Vergleich zur Stadt Rüsselsheim dar.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion hält den Vergleich für unpassend, da die Struktur in Rüsselsheim eine gänzlich andere sei. Ein Mitglied der SPD-Fraktion und gleichzeitig Vorsitzender des Ausländerbeirats weist darauf hin, dass zahlreiche Projekte des Ausländerbeirats in den vergangenen Jahren nur erfolgreich umgesetzt werden konnten, weil die Stadtverwaltung stets Verfügungsmittel unterstützend bereitgestellt hat.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Zunächst wird der TOP 15.1 zur Abstimmung gebracht. Anschließend wird über TOP 13 und zuletzt über TOP 15 abgestimmt.

Nach Abstimmung der Tagesordnungspunkte 13, 15 und 15.1 beantragt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit ein Mitglied der Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Unterbrechung der Sitzung. Herr Stadtverordnetenvorsteher Kissel stimmt dem Antrag zu, die Sitzung wird unterbrochen und am darauffolgenden Tag um 19:30 Uhr fortgeführt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

14. FA/2023-634 SPD-Änderungsantrag zum Haushalt:
Fortlaufende Förderung der Lebensbrücke Flörsheim und der
Rüsselsheimer Hospizhilfe

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

15. FA/2023-617 WsR-Antrag
zur Anpassung der Verfügungsmittel des Magistras und des
Stadtverordnetenvorstehers

Siehe TOP 13.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

15.1 FA/2023-640 SPD-Fraktionsantrag
Erhöhung der Verfügungsmittel

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimme(n), 15 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

16. FA/2023-618 WSR-Antrag zur Anpassung der Spielapparatesteuer

Die Tagesordnungspunkte 16 und 16.1 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Der Vorsitzende der WSR-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag. Durch die Erhöhung der Spielapparatesteuer von 18 auf 20 Prozent werde ein Ertrag von etwa 18.000 € generiert. Die Mehreinnahmen könne man beispielsweise für die Förderung von Vereinen nutzen.

Die SPD-Fraktion beantragt mit TOP 16.1 die Umwandlung des Antrags der WSR-Fraktion in einen Prüfantrag. Es wird erklärt, dass Raunheim, im Vergleich zu den Nachbarkommunen Kelsterbach und Rüsselsheim, überproportional hohe Erträge im Bereich der Spielapparatesteuer vereinnahmt. Es wird vorgeschlagen, zunächst die Anpassung der Spielapparatesteuer durch die Verwaltung prüfen zu lassen und dann im ersten Quartal 2024 gegebenenfalls die Satzung anzupassen.

Bürgermeister Rendel erklärt, dass ein Vergleich mit den Nachbarkommunen nicht unbedingt übertragbar auf Raunheim sei, da beispielsweise die Stadt Kelsterbach zusätzlich nach Aufstellorten kategorisiere. Für Herrn Rendel sei eine Gesamtbetrachtung der Situation erforderlich, da eine Anpassung des Steuersatzes auf 20 Prozent nicht zwangsläufig rechtssicher sei. Bürgermeister Rendel empfiehlt demnach, zunächst im ersten Quartal 2024 die rechtssichere Prüfung der Erhöhung anzugehen. Nach positivem Ergebnis könne seitens der Verwaltung eine entsprechende Änderungssatzung zur Erhöhung der Spielapparatesteuer bis spätestens 30.06.2024 erstellt und eingebracht werden, mit einer rückwirkenden Anpassung der Steuer zum 01.01.2024.

Die WSR-Fraktion ist mit den Vorschlägen einverstanden. Der Antrag der WSR-Fraktion (TOP 16) wird in einen Prüfantrag umgewandelt.

Über den Prüfantrag, mit der Empfehlung bzw. den ergänzenden Hinweisen des Bürgermeisters, wird abgestimmt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**16.1 FA/2023-638 SPD-Fraktionsantrag
Umwandlung in einen Prüfantrag**

Siehe TOP 16.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen

17. FA/2023-619 WsR-Antrag zur Anpassung der Vereinsförderung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen

18.	FA/2023-620	WsR-Änderungsantrag zum Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2024
-----	-------------	--

Die Tagesordnungspunkte 18 und 18.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Vorsitzende der WSR-Fraktion erläutert ausführlich den Fraktionsantrag. Viele Stellen seien nicht nachvollziehbar und einiges aus 2023 wurde nicht umgesetzt, man müsse die Aufwandsgrößen darstellen und letztlich eine Entflechtung erreichen. Auch der Vergleich auf Nachbarkommunen wird herangezogen. Zudem werden Zahlen aus dem Haushaltsplan erläutert und Rückschlüsse gezogen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ebenfalls der Meinung, dass eine Entflechtung erfolgen muss, zu zahlreichen Stellen fehle die Erklärung. Innerhalb des nächsten Jahres könne dann der Sperrvermerk aufgehoben werden.

Ein Sperrvermerk ließe sich nur durch einen Nachtragshaushalt aufheben, erklärt der Vorsitzende der FDP-Fraktion. Erst nach dessen Beschluss, könne man die Stellen besetzen.

Bürgermeister Rendel erklärt zudem, dass man sich in den Vorgesprächen einig war, den Stellenplan zu entflechten, um eine belastbare und einsatzstarke Personalsituation in der Verwaltung zu schaffen. Das Besprochene finde sich im Stellenplan wieder. Ohne heutigen Beschluss des Haushaltsplans könne der Stellenplan nicht umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion lobt zudem die Verwaltung, denn in den letzten Jahren wurden mit geringem Personalbestand die zahlreichen Arbeiten erfolgreich bewältigt. Die Stadtverordnetenversammlung habe eine Kontrollfunktion, der Antrag der WSR-Fraktion behindere die Verwaltung in Ihrer Arbeit.

Über den Fraktionsantrag wird weiterhin ausführlich diskutiert.

Die Sitzung wird aufgrund von Beratungsbedarf der Fraktionen um 20:10 für ca. 15 Minuten unterbrochen.

Die WSR-Fraktion zieht den Fraktionsantrag in dieser Form zurück.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, neu geschaffene Stellen ab Entgeltgruppe 12 - mit Ausnahme der neu zu schaffenden Leitungsstelle im Fachbereich V - mit einem Sperrvermerk zu versehen. Über den Vorschlag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimme(n), 18 Gegenstimme(n), 0 Enthaltung(en)

Die Fraktionen WsR, CDU und Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor, neu geschaffene Stellen ab Entgeltgruppe 11 - mit Ausnahme der neu zu schaffenden Leitungsstelle im Fachbereich V - mit einem Sperrvermerk zu versehen. Über den Vorschlag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimme(n), 13 Gegenstimme(n), 1 Enthaltung(en)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
(kein Text vorhanden)

18.1 FA/2023-639 SPD-Fraktionsantrag Ausweitung des Stellenplans

Siehe TOP 18.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

19. FA/2023-621 WsR-Antrag zur Verwendung eines Sperrvermerks für die außertarifliche Stelle im Stellenplan des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Stadtentwicklung

Der Vorsitzende der WSR-Fraktion erläutert ausführlich den Fraktionsantrag und beantwortet Rückfragen bzw. Anmerkungen der SPD-Fraktion zum Antrag. Über den Fraktionsantrag wird ausführlich diskutiert.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass eine außertarifliche Stelle im Eigenbetrieb Stadtentwicklung zu hoch angesetzt sei und zur Ungleichbehandlung führe. Eine klassische Stelle als Betriebsleitung im Rahmen der Entgelttabelle des TVöDs halte man für richtig.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion erklärt, dass im Haushaltsplan ein Millionenbetrag stehe, der von einer versierten Person erwirtschaftet werden muss. Die Stelle, mit ihren komplexen Aufgaben, sei vergleichbar mit Tätigkeiten eines Geschäftsführers. In der freien Wirtschaft zahle man Gehälter, die wie über den Tabellenentgelten des TVöD liegen.

Bürgermeister Rendel erklärt, dass wir den ausgeglichenen Haushalt maßgeblich der bewährten Strategie der Flächenentwicklung zu verdanken haben. Es bedarf der Fortführung dieser Strategie.

Herr Laubscheer (Fachbereichsleitung III) erklärt, dass nach seiner Einschätzung die Stadt Raunheim in den nächsten Jahren auf die Gelder der strategischen Flächenentwicklung angewiesen sei. In Raunheim seien schließlich die strukturellen Grenzen gesetzt. Man benötige eine Person, die die entsprechende Expertise, die erforderlichen Kenntnisse, den nötigen Weitblick und das Potenzial, Gewinne im siebenstelligen Bereich zu erzielen, mitbringe. Zudem sei eine Einschätzung der Kommunalaufsicht einzuholen. Herr Laubscheer beantwortet ausführlich und umfangreich die Fragen der Stadtverordneten.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:
Niederschrift 28. Sitzung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

20. **FA/2023-622** **WsR-Antrag: 100 Euro-Zulage für Mitarbeiter*innen in Kindertagesstätten**

Vor Beratung des Tagesordnungspunkts 20 wird die Sitzung für eine Pause um 21:35 Uhr für ca. 10 Minuten unterbrochen.

Der Vorsitzende der WSR-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag. Als Zeichen der Wertschätzung sollen Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der Kindertagesstätten, die derzeit in der Entgeltgruppe S4 eingruppiert sind, eine Zulage in Höhe von 100 € brutto erhalten.

Bürgermeister Rendel geht ebenfalls auf den Antrag ein und erläutert, dass im Rahmen der Personalakquise und -entwicklungsinitiative Sozialassistenten und Quereinsteiger ohne klassische Fachausbildung eingestellt werden, mit dem Ziel diese fachlich auszubilden und zu entwickeln, sodass eine dauerhafte Eingruppierung in die höhere Entgeltgruppe erfolgen kann. Die Weiterbildungen werden von der Stadt Raunheim finanziert.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion beantragt letztlich die sofortige Abstimmung. Dem Antrag wird stattgegeben.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 7 Gegenstimme(n), 7 Stimmenthaltung(en)

21. **FA/2023-623** **Gemeinsamer Prüfantrag CDU-Fraktion, WsR-Fraktion, B90/Die Grünen**
Prüfung der Organisationsstruktur des Eigenbetriebs Stadtentwicklung

Die Tagesordnungspunkte 21 und 21.1 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Es erfolgt zunächst die Abstimmung zu TOP 21.1 und anschließend zu TOP 21.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

21.1 **FA/2023-642** **SPD-Fraktionsantrag**
Umwandlung in einen Prüfantrag

Beschluss:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

22.	FA/2023-625	B90/Die Grünen Antrag auf eine viermonatige Berichterstattung
-----	--------------------	--

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Fraktionsantrag.

Die SPD-Fraktion sieht keinen großen Nutzen und möchte der Verwaltung den zusätzlichen Arbeitsaufwand ersparen.

Die WSR-Fraktion hält eine regelmäßige Kontrolle und transparente Darstellung für sinnvoll. Sie schlägt vor, dass in der Berichterstattung zusätzlich eine Prognose bzw. die Entwicklung der Zahlen aufgezeigt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

23.	FA/2023-626	B90/Die Grünen Antrag auf Einstellung einer Summe von 10.000 Euro zur Bezuschussung des Baus von Solarenergie- bzw. Solarthermieanlagen
-----	--------------------	--

Die Tagesordnungspunkte 23 und 23.1 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen erläutert den Fraktionsantrag. Die Fraktion ist der Auffassung, dass in Raunheim der Bau von Solarenergie- bzw. Solarthermieanlagen unterstützt werden sollte, möglicherweise mit dem Fokus auf Kleinstanlagen. Die Fraktion würde den Antrag der SPD-Fraktion als Ergänzung akzeptieren.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass der angesetzte Betrag für dieses Vorhaben zu niedrig sei. Zudem sei der Verwaltungsaufwand zu hoch, da unter anderem zunächst ein eigenes Förderprogramm mit Förderrichtlinien erarbeitet werden müsse. Es wird auf die bestehende Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Kreis Groß-Gerau verwiesen. Hier bestehe bereits ein beim Kreis Groß-Gerau angesiedeltes Fördermittelmanagement, das teilnehmende Kommunen unterstütze.

Bürgermeister Rendel gibt zu bedenken, dass zusätzlich Personalkosten für die Erarbeitung eines Förderprogramms und die Abwicklung insgesamt anfallen.

Der Fraktionsantrag der Bündnis90/Die Grünen wird um die Bezuschussung des Baus von Kleinstanlagen bzw. Balkonkraftwerken ergänzt. Zunächst wird über TOP 23.1 abgestimmt. Im Anschluss wird über TOP 23 inklusive der Ergänzung wie folgt beschlossen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

23.1 FA/2023-637 SPD-Antrag
Ausweitung des kreisweiten Fördermittelmanagements

Siehe TOP 23.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

24. FA/2023-627 B90/Die Grünen
Antrag auf Einstellung von Mitteln zur Bezuschussung einer
Busverbindung zwischen den Bahnhöfen von Raunheim und
Flörsheim

Bürgermeister Rendel und Herr Laubscheer (Fachbereichsleitung III) beantworten die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, soweit umsetzbar im Haushaltsplan eine Position mit einem Betrag von 0,00 € als Platzhalter aufzunehmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Vorschlag zu. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung wie folgt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

25. FA/2023-628 B90/Die Grünen
Antrag auf die Schaffung der Stelle eines Stadtbrandinspektors
mit der entsprechenden Berücksichtigung im Haushaltsentwurf

Die Tagesordnungspunkte 25 und 25.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Fraktionsantrag. Beabsichtigt sei, Personalkosten für einen hauptamtlichen Stadtbrandinspektor einzuplanen, damit ggf. eine Besetzung erfolgen könne.

Um eine Stelle zu besetzen, reicht das Einplanen finanzieller Mittel nicht aus, denn die Stelle müsse zudem im Stellenplan geschaffen werden, teilt die FDP-Fraktion mit.

Bürgermeister Rendel weist auf die Komplexität der Stelle hin. Nach Rücksprache mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Stadtbrandinspektor sei im Vorfeld ein mehrseitiger Maßnahmenkatalog abzuarbeiten. Die Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Maßnahme seien zunächst zu prüfen. Auch mit der freiwilligen Feuerwehr müsse zunächst die Maßnahme breit diskutiert werden.

Der Fraktionsantrag der Bündnis 90/Die Grünen wird in einen Prüfantrag umgewandelt und wie folgt abgestimmt. Die Abstimmung zu TOP 25.1 erübrigt sich.

Beschluss:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

25.1 FA/2023-641 SPD-Fraktionsantrag
Umwandlung in einen Prüfantrag

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt

26. FA/2023-629 B90/Die Grünen
Antrag: Textliche Anpassungen der Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2024

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Fraktionsantrag.

Frau Lang (Fachbereichsleitung II) vermittelt fachliches Wissen zum Antrag und macht auf die Konsequenzen deutlich aufmerksam. Die Stadtverordneten diskutieren ausführlich über den Antrag.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den zweiten Teil des Fraktionsantrags „Absatz 4: Personalausgaben ...: wird ersatzlos gestrichen“ zurück.

Es erfolgt eine Abstimmung über den ersten Teil „Seite 7: Punkt 8) Deckungsvermerke: Absatz 1 wird ergänzt:...“ und den dritten Teil „Seite 31: letzter Absatz: Gemäß den Hinweisen...“ des Antrags.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 11 Stimmenthaltung(en)

27. FA/2023-630 SPD-Änderungsantrag zum Haushalt: Chancengleichheit/Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt - Sprachförderung in unseren Bildungseinrichtungen: Qualitätsstandards weiter optimieren

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

28. **B90/Die Grünen**
Anfrage: Stellenbeschreibung für alle Stellen ab EG 10

Der Tagesordnungspunkt 28 wird abgesetzt. Es erfolgt keine Abstimmung.

29. **2023-616** **Wirtschaftliche Grundlagen der Netzwerk Untermain GmbH**
Hier:
Wirtschaftsplans 2024

Beschluss:

- **Der Wirtschaftsplan 2024 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und die Gesellschafterversammlung ermächtigt, diesen zu genehmigen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

30. **2023-613** **Aufstellung Jahresabschluss 2022 der Stadt Raunheim**

Beschluss:

Der Magistrat beschließt, den als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2022 der Stadt Raunheim aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

31. **FA/2023-650** **WsR-Antrag**
Einsetzung eines Ausschusses zur Akteneinsicht

Die WSR-Fraktion erläutert den Fraktionsantrag. Der Akteneinsichtsausschuss soll zur Klärung der Sachlage beitragen, dies sei unabdingbar und wahrscheinlich mit nur wenigen Sitzungen abgeschlossen.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, dass der bereits bestehende Ausschuss sich dieser Thematik annimmt.

Herr Duranoglu möchte den Antrag der WSR-Fraktion dahingehend ergänzen, dass der Ausschuss mit Wahlvorschlägen gewählt wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher Kissel und Bürgermeister Rendel teilen mit, dass gem. § 62 HGO ein weiterer Ausschuss in derselben Stärke zu besetzen sei, wie bereits bestehende Ausschüsse. Herr Duranoglu widerspricht und ist anderer Auffassung.

Der Fraktionsantrag der WSR wird mit der Ergänzung von Herrn Duranoglu, sofern dies gemäß HGO zulässig ist, wie folgt beschlossen.

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
18.12.2023



E/28 - 2021/2026 -

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 10 Stimmenthaltung(en)

32. Verschiedenes

Bürgermeister Rendel wird von der WSR-Fraktion gebeten, die Stellungnahme der Kommunal-
aufsicht zeitnah den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen.

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

33. 2023-595 Stundungsantrag zur Gewerbesteuer

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gewährung des Stundungsantrags der Firma
Olympia Spiel- und Unterhaltungsautomaten Betriebs GmbH & Co. KG zur Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Luca Kissel
(Stadtverordnetenvorsteher)

Fabio Rovituso
(Schriftführer)